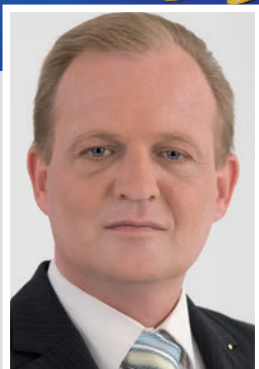




Handbuch Bürgerbewegung der Sozial-Konservativen Deutschlands

1. Auflage August 2010 © Bürgerbewegung der Sozial-Konservativen Deutschlands

Handbuch zur Parteigründung BürgerBewegung der Sozial-Konservativen Deutschlands



Volker Reusch





Bürgerbewegung der Sozial- Konservativen Deutschlands (BB)

Vorwort

Werte Damen und Herren,

ohne Frage besteht im politischen, sozialen und konservativem Lager ein riesiges Vakuum.

Die CDU und FDP haben längst wesentliche konservative Ausrichtungen aufgegeben.

Die Linksparteien missbrauchen die berechtigten sozialen Ängste und Sorgen der Bürger um ausgerechnet den Sozialismus zu bewerben.

Deutsche Rechtsparteien bringen oft Minderheiten als Einheit mit Fehlentwicklungen in Verbindung

Im Ergebnis sind wir von Klientelparteien umgeben, welche allesamt keine Gesamtlösung für unser Land bieten.

Es wird der Arbeiter gegen den Angestellten aufgewiegelt. Der Unternehmer gegen den Gewerkschafter. Der Schüler gegen den Rentner. Gesunde gegen den Kranken.

Als Folge steigen Arbeitslosigkeit, Armut, Frustration, Gegengesellschaften, und Kriminalität. Somit sinkt die Möglichkeit des Staates seinen Bürgern ein Maximum an Gesundheit, Wohlstand und Sicherheit anzubieten. In seiner Gesamtheit entsteht unserem Land somit erheblicher Schaden.

Für uns aber ist klar, dass nur ein gesundes Miteinander, also eine Wertegemeinschaft, unser Land nach vorne bringen kann. Eine Politik aus einem Guss. Lediglich dem Wohl der Bürger verpflichtet.

Zu lange haben wir auf bisherige Parteien vertraut obige Mißstände abzuschaffen.

Der Wunsch der Bürger nach einer neuen sozialen und konservativen Partei ist groß, weshalb die Presse eine Bürgerbewegung wie die Unsrige bereits angekündigt hat und uns große Erfolge zutraut.

Unsere Bewegung ist einzigartig, indem wir, zum ersten Male in der Bundesrepublik, eine attraktive Einheit aufgestellt haben, mit der wir es schaffen, die Zersetzung unseres Landes aufzuheben.

Ein eindeutiges Programm

Seine Konsequenz beruht auf das jahrzehntelange Fehlmanagement der Altparteien und deren Entscheidungsschwächen in eigener Sache, nebst der dramatischen Lage unserer Haushalte und Großstädte. Der zunehmenden Armut und Kinderlosigkeit, als Ausdruck der Perspektivlosigkeit. Immer größer werdende Gegengesellschaften. Der zunehmenden Dekadenz und das eindeutige Fehlen von Werten. All diesen Problemen können wir nun mit dem Gesamtkonzept unseres Programms Abhilfe leisten.

Wir sind die einzige Partei, welche eindeutig keine Verortung vornimmt. Wir sind weder Rechtspartei noch sind wir Grün, Gelb oder Rot.

Wir werden 2013 zum ersten Male dem bundesdeutschen Wähler eine Stimme geben, mit der die Voraussetzung geschaffen wird, dass die Politik von morgen sich an den Bedürfnissen der Bürger orientiert.

2013 wird es einen Zweitstimmenwahlkampf geben, den es in dieser Form noch nicht gegeben hat.

Ich habe mich persönlich dazu entschlossen, für diese heilige Sache hauptverantwortlich einzustehen. Darüber hinaus, haben wir eine wachsende Gruppe von engagierten Mitstreitern, welche völlig selbstlos, aus Liebe zum Land und seinen Bürgern, bei dieser wichtigen Aufbauarbeit zur Seite stehen.

Ohne Ihre Unterstützung allerdings, ist all dies nicht möglich!

Nur wenn wir es schaffen den Bund des Gemeinsamen wiederherzustellen, wird es eine Zukunft für unsere Republik geben.

Ergreifen Sie diese Chance.

Unterstützen Sie unsere Arbeit! JETZT!

Mit freundlichen Grüßen,

Volker Reusch

1. Vorsitzender

Bürgerbewegung des Sozial- Konservativen Deutschlands



**BÜRGERBEWEGUNG
DER SOZIAL-KONSERVATIVEN
DEUTSCHLANDS**



BÜRGERBEWEGUNG DER SOZIAL - KONSERVATIVEN DEUTSCHLANDS

Kurzprogramm

Präambel

Deutschland ist ein schönes Land. Wir befinden uns jedoch in Zeiten zunehmender wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Unsicherheiten. Alle Altparteien müssen als Klientelparteien bewertet werden, welche nie ein Gesamtkonzept anbieten, sondern immer nur eine Bevölkerungsgruppe gegen die andere ausspielen.

Die dadurch entstehenden Klassenkämpfe halten wir für schädlich für ein Land.

Wir streben deshalb eine ganzheitliche Politik an. Eine Politik sowohl für den Arbeitslosen, wie auch den Angestellten. Den Unternehmer, wie auch dem Verbraucher. Dem Rentner wie auch der Jugend.

Die daraus entstehende Wertegemeinschaft halten wir für unerlässlich, um seinen Bürgern ein Maximum an Wohlstand, Gesundheit und Sicherheit zu bieten.

Dies ist für uns die Aufgabe der Politik. Nur dieser sind wir verpflichtet.

Zu lange haben Politiker eine verlogene Politik verfolgt, in dem Bestreben niemanden weh zu tun und möglichst wenig Angriffsflächen zu bieten. Die Folgen sind bekannt.

Unser Programm kann hierauf keine Rücksicht mehr nehmen, wenn wir alles zum Guten wenden wollen.

Es ist ein soziales Programm! Ein Programm gegen den bisherigen Klassenkampf. Ein Programm des Miteinanders. Aus diesem Grund können wir nicht jedem alles versprechen.

Wer seine Bürger liebt, der „schenkt Ihnen reinen Wein ein“.

Dies ist der Grundgedanke hinter unseren Ausarbeitungen.

Die Liebe zum Bürger.

Mit Ihrer Hilfe, kann sie Realität werden.

Glück auf!

1. Wirtschaftspolitik:

1. Wirtschaftspolitik:

- Einführung eines Gesetzes zur Gemeinnützigkeit von Medikamenten, Grundnahrungsmittel, medizinischen Hilfsmittel, Strom, Gas und Wasser, Kraftstoffe, Nah- und Fernverkehr, Sozialwohnesen, Grundarzt und Pflegeleistungen.
- Alle gemeinnützigen Güter haben einen maximalen MWSt. Satz von 7%.
- Preise von gemeinnützigen Gütern werden durch das jeweilige Ministerium festgelegt.
- Investitionen, welche dem Land und seinen Bürgern zu Gute kommen, werden steuerfrei gestellt.
- Verbot von Börsenspekulationen auf gemeinnützige Produkte.
- Aktienwerte dürfen nicht mehr den Realwert eines Unternehmens übersteigen.
- Wiedereinführung der vollen Besteuerung bei Verkaufserlösen von Kapitalgesellschaften.
- Loslösung von anders lautenden EU-Regelungen ggf. durch Volksentscheid.

2. Steuerpolitik:

- Einheitlicher Steuersatz auf alle Einkommensarten, ohne Ausnahme und ohne Absetzungsfähigkeit.(Abschaffung kalte Progression).
- Umfang einer gesellschaftlichen Verantwortung bezüglich der Finanzschieflage der BRD wird durch Volksentscheid geregelt.
- Abschaffung Ökosteuer (s. Rentenpolitik).
- Individuelle Besteuerung. Steuerliche Begünstigung nur für Erziehungsberechtigte mit Kindern. (auch Alleinerziehende).
- Einführung einer Börsenumsatzsteuer.
- Verbot von Spekulationshandel öffentlicher Banken mit Steuergeldern.
- Grundlage für staatliche Wirtschaftsprognosen und Budget- Kalkulationen ist ein Wirtschaftswachstum von 0%.
- Abschaffung des Solidaritätszuschlages.
- Überarbeitung der Umsatzsteuer als Mehrphasensteuer (Thema Vorsteuerbetrug).
- Modernisierung des Steuerklassensystems (Abschaffung der Steuerklassen 5 und 6 als Arbeitshindernis).
- Die BB lehnt die Erbschaftsteuer ab (Hindernis der Übernahme von Kleinbetrieben oder Immobilienerbschaften).
- Wiedereinführung der Besteuerung aus dem Verkaufserlös von Kapitalgesellschaften.
- Rücknahme der „1. Stufe der Steuerreform von SPD und Grüne“. (Gewerbesteueraufkommen)
- Steuerfreiheit für „nicht entnommene Gewinne“, bei Klein- und Mittelständigen Betrieben.

3. Arbeitsmarktpolitik

- Abschaffung „HARTZ IV“, ALG-Bezug gestaffelt nach Beitragszeit.
- Trennung von Sozialhilfe und ALG.
- Mindestlohn von € 16,00. Gleichzeitig wird ein zinsloses Halbjahr-Kreditprogramm für die Personalkosten der Unternehmen eingeführt. Diese Maßnahme wird den Binnenmarkt massiv ankurbeln (siehe auch Gesundheitspolitik).
- Personen, welche in die BRD einreisen, erhalten die ersten 5 Jahre keine Sozialleistungen und müssen ihren Lebensunterhalt nachweisen.
- Arbeitsfähige Arbeitslose werden in einem massiv auszubauenden Ordnungsdienst (OD) eingebunden.
- Der OD wird zu den relevanten Aufgaben der Gemeinden herangezogen.
- Mitarbeiter aus Zeitarbeiterfirmen sollen im Betrieb den gleichen Lohn wie Festangestellte erhalten. Die Quote für Zeitarbeitskräfte soll 50% nicht übersteigen.
- Politikerdiäten haben sich an den Vergütungen der Beamtenbesoldung zu orientieren.
- Mehr Service-Leistungen anstatt Automaten und eine Automatenabgabe an die Sozialversicherung.

4. Bildungspolitik:

- Abschaffung der Gemeinschaftsschulen.
- Förderung der Hauptschulen und Realschulen, mit deutlicherem Schwerpunkt für Ausbildungsberufe im Vergleich zum Gymnasium.
- Vermittlung von Tugenden und Gemeinschaftsgefühl an allen deutschen Erziehungseinrichtungen.
- Einführung von Noten für Fleiß, Pünktlichkeit und Sozialverhalten.
- Förderung von Veranstaltungen und Wettbewerben zwischen den Schulen.
- Wiederherstellung der Autorität der Lehrkräfte.
- Voraussetzung für den Besuch einer deutschen Schule sind ausreichende Deutschkenntnisse.
- Schüler mit mangelnden Deutschkenntnissen besuchen einen „Deutschunterricht“ in separaten Kursen.
- Stipendienvergabe für alle Schüler mit überdurchschnittlichem Notendurchschnitt.
- Schaffung von Elitegymnasien für Stipendenschüler mit Internatsmöglichkeiten.
- Stipendienvergabe für das Studium für Schüler aus dem Stipendienprogramm für den Besuch von Eliteuniversitäten.
- Schulverweigerer werden für einen begrenzten Zeitraum in eigens geschaffenen Bildungseinrichtungen von qualifizierten Lehrkräften und Schulsozialarbeitern bei der Wiedereingliederung in den geregelten Schulalltag unterstützt.
- Angehende Lehrkräfte werden bereits im Universitätsstudium durch einen Ausbau der praxisorientierten Ausbildung auf die späteren Herausforderungen vorbereitet.
- Ausbau der individuellen Förderung durch Begrenzung der Klassengröße auf maximal 20 Schülerinnen und Schüler.
- Ausbau der aktiven Mitwirkung der Schülervertretung und Elternschaft in der Schulgemeinschaft (jeweils mit Drittelparitäten).
- Schaffung von Inklusionsklassen nur bei gleichzeitigem Ausbau von Lehrerstellen für die Lerngruppen.
- Verhüllungsverbot für Lehrkräfte und Schüler an allen Bildungsinstituten.
- Möglichkeit der Schuluniformnutzung.

5. Energiepolitik

- Förderung der Forschung an den Eliteuniversitäten für Kern-/ Nuklear-Physik. Ausbau der Studien über die Kernfusionstechnologie als Alternative zur bisherigen Kernenergie.
- Abschaltung der deutschen Spaltungs-Atomkraft unter Berücksichtigung einer alternativen, regionalen Energiegewinnung, welche nicht auf Importe ausländischer Energiekonzerne angewiesen ist.
- Förderung Solarzellenergie, Erdwärme, Elektroauto und erneuerbare Energien. Limitierte Windkraftenergienutzung.
- Keine Stilllegung der deutschen Stein- und Braunkohleproduktion.
- Regulierung der Preise aller Energiekonzerne über die Landesministerien.
- Reduzierter MWSt.- Satz von 7% für alle Energieformen.
- Abschaffung „Ökosteuern“ (s. Rentenpolitik).
- Autobahngeschwindigkeitsbeschränkung auf 160 km/h.
- Mautpauschale bei Einreise in die BRD bei allen Grenzübergängen.
- Mautgebühr wird bei deutschen PKW/ LKW mit entsprechender Steuer verrechnet.
- Ausbau des Schienennetzes und des Transrapidnetzes.

6. Familienpolitik

- Familie ist per Definition überall dort, wo mindestens ein Erziehungsberechtigter mind. ein Kind erzieht. Dieser Gruppe stehen staatl. geförderte Immobilien zu, angepasst an die Kinderanzahl.
- Ganzheitliches Betreuungsangebot.
- Deutsche Mütter (entscheidend ist die Staatsangehörigkeit) erhalten ab dem 5. Kind das Bundesverdienstkreuz durch den Bundespräsidenten.
- Kindergeld wird in vollem Umfang nur an Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit gezahlt. Kinder aus Einwandererfamilien erhalten einen gestaffelten Betrag bis die Erziehungsberechtigten eine SV-Beschäftigung von mindestens 5 Jahren nachweisen können.
- Massiver Ausbau von Jugendheimen, Spielplätzen und Betreuungseinrichtungen.
- Massive Förderung von Vereinen (Sport-, Musik- oder Kulturvereine).
- Förderung einer Familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft.

7. Rentenpolitik

- Wir wollen einen Systemwechsel zu einem steuerfinanzierten Rentensystem.
- Wegfall der Lohnabhängigen Beiträge zur Rentenversicherung.
- Bestehende Rentenanwartschaften werden weiter ausbezahlt.
- Rente ab 65 und für schwere körperliche Berufe (Straßenbau, Altenpflege etc) ab 60, mit einer Rente welche sich an den Lebenshaltungskosten orientiert.

8. Innenpolitik

- Massiver Ausbau des Ordnungsdienstes.
- Uniformiert nach Dienstgraden. Vernetzung mit Polizei und Ämter.
- Videoüberwachung vor Schulen, Kindergärten, Bahnhöfen oder Innenstädten.
- Verkehrssprache in Deutschland ist deutsch auch in den Formularen.
- Schwerste Kinderschändung zieht eine lebenslange Haftstrafe nach sich ohne psychologische Betreuung.
- Keine Toleranz der Drogenszene, organisierte Bettlerszene und eine konsequente Durchsetzung von Platzverweisen für öffentliche Plätze- Szene.
- Jugendstraftaten haben sofort das Ableisten von empfindlichen Sozialstunden zur „Strafe“.
- Wir wollen Gesetze für die „Nationale Sicherheit“.
- Konsequente Umsetzung des bestehenden Ausländergesetzes.

- Alle Ausländer haben bei Einreise ein Gesundheitszeugnis, Finanzmittel und Arbeitsvertrag vorzulegen.
- In den Kommunen wird eine Höchstgrenze der Zuwanderung angesetzt.
- Unser Land soll eine christlich-abendländische Leitkultur haben.
- Verbot von Ganzverschleierung. Kopftuchverbot für Bedienstete des Staates.
- Unterstützung der Judikative und Exekutive durch den Ordnungsdienst, welche Bagatelldelikte schnell aburteilt und deren schnelle Vollstreckung gewährleistet.
- Stichprobenkontrollen an allen deutschen Grenzen, Bahnhöfen und Flughäfen durch den Ausbau des Bundesgrenzschutzes und dessen Befugnisse.
- Änderung Staatsbürgerschaftsgesetz zum Abstammungsprinzip. Immigranten können nach 15 -- Jahren erfolgreicher Integration Staatsbürger werden.
- Verbot von Artikeln welche als gemeinschaftsschädlich eingestuft werden.

9. Gesundheitspolitik

- Medikamente und med. Hilfsmittel werden mit dem red. MWSt. Satz (7%) aus gestattet.
- Deren Preise werden über das Gesundheitsministerium reguliert.
- Zwangsfusion der Kassen zu max. 12 Kassen.
- Individuelle Tarifmöglichkeiten der GKV.
- Abschaffung des Arztbudgets. Verdoppelung aller SGB V Vergütungssätze (siehe Mindestlohn).
- Leistungspflicht der Kassen bei ärztlichen Verordnungen.
- Abschaffung der Zeitmodule für die Pflege mit monatlichen Pauschalsätzen von € 1000,- , €1500,- und € 2000,- bei Pflegestufe 1,2 oder 3.
- Immigranten müssen bei Einreise in die BRD sich selbst versichern.

10. Agrarpolitik

- Rückkehr zur regionalen Landwirtschaft und der regionalen Haltung und Schlachtprinzips.
- Abkopplung aus der EU-Agrarpolitik, mit z.B. der Förderung von regionalen
- Landwirtschaftsbetrieben (Stärkung der Bauernhöfe als Grundlage der regionalen Lebensmittelversorgung).
- Preisfestsetzung für Grundnahrungsmittel pro Tonne z.B. Weizen, Gemüse, Fleisch, Eier und Milch, Kartoffel, Mehl oder Getreide.
- Zerschlagung der Marktmonopole der Riesensupermarktketten durch staatl. Kontrolle der Preise für Grundnahrungsmittel.
- Nutzung der Preisregulierungen und Kontrollen um Landwirte adäquat am Erzeugerumsatz zu beteiligen (Aushebelung der Kapitalisierung der Lebensmittelgroßindustrie).
- Durchsetzung der tiergerechten Haltung und ein grundsätzliches Verbot von Langstrecken-Massentransporte von Lebewieh.
- Verbot der Tierquälerei. (Schächtungsverbot).
- Einschränkung der „Junk-Food“ Versorgung.

11. Kultur

- Stärkung der heimischen Kulturbetriebe.
- Stärkung des Denkmalschutzes für alle Gebäude welche traditionelle Bauweisen aufweisen.
- Einstellung von baukulturellen Sachverständigen, welche gewährleisten, dass alle Bauprojekte „Umgebungsfreundlich“ stattfinden.

- Schlösser und Burgen werden durch ein Denkmalschutzgesetz gefördert um sie vor dem Zerfall zu schützen.
- Ablehnung von sozialistischen Plattenbausiedlungen.
- Stärkung des allgemeinen Vereinswesens.

Allgemeines:

- Volksabstimmung für alle wesentlichen Entscheidungen.
- Stärkung des Tierschutzes. Rituell quälende Schlachtungen werden verboten.
- Direktwahl des Bundespräsidenten und die Ausweitung seiner Befugnisse.
- Verbot von Einflussnahme oder Beteiligung der Parteien an öffentlichen Medien.
- Wir wollen die Bundeswehr stärken und zurück zu dem Zivildienstprinzip mit der Möglichkeit eines „sozialen“ Jahres.
- Deutsches Veto gegen alle EU-Gesetze, welche sich gegen unser „Nationales Interesse“ wendet, ggf. Einfrierung der Beitragszahlung oder Kündigung der Mitgliedschaft.
- Entwicklungshilfe nur noch als Sachleistung von deutschen Unternehmen,
- Aufbau eines Alternativwirtschaftsraumes mit ins. Russland, China und den Arabischen Staaten.
- Umsetzung des Art. 146 GG für eine endgültige Verfassung.
- Überprüfung aller deutschen Verpflichtungen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Glück auf!

Version 10/ 2011 © BürgerBewegung der Sozial- Konservativen Deutschlands (BB)

Ich möchte über weitere Aktivitäten der Bewegung informiert werden.

Name

Vorname

Straße / Haus-Nr.

PLZ

Ort

Tel.

E-Mail

Datum

BürgerBewegung der

Sozial- Konservativen Deutschlands

Postfach 31 01 24 · 47254 Duisburg

Tel.: 0 21 02 / 8 93 85 0

Fax: 0 21 02 / 8 93 85 2

diebb@t-online.de

www.die-bb.de

Bankverbindung: Konto 2000 58 733 · BLZ 350 500 00







